

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN Wir brauchen eine neue Außenpolitik

Außenminister Westerwelle hat mit seinen Bedenken gegen den Libyen-Einsatz zwar recht gehabt. Große Staatskunst war sein "Ohne uns"-Votum dennoch nicht.

Josef Joffe

Recht haben" und "recht behalten" sind zweierlei Dinge; das ist das traurige Fazit des "Westerwellismus" in der Außenpolitik. Vorweg die gar nicht so falschen Begründungen, die unser Chefdiplomat für das "Ohne uns"-Votum im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen lieferte, als dieser das Flugverbot über Libyen verhängte und dazu "alle notwendigen Mittel" für den Schutz von Zivilisten freigab.

Erstens betrachte Berlin ein "militärisches Eingreifen mit großer Skepsis". Zweitens "dürfen wir nicht Kriegspartei in einem Bürgerkrieg in Nordafrika werden". Drittens wolle man nicht auf eine "schiefe Ebene" zum Bodenkrieg geraten.

Nicht schlecht im Nachhinein. Etwas Skepsis hätte unseren französischen Freunden, die als erste losgeschlagen haben, gutgetan. Da vermengten sich die Eitelkeiten von "Meisterdenkern" wie Bernard-Henri Levy mit den (gefühlten) Notwendigkeiten des Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, der von rechts eine üble Bedrohung durch die "Nationale Front" witterte. Und schon war Krieg - der erste, den die Intellektuellen zumindest mit angezettelt haben.

Inzwischen meldet sich in Frankreich die Skepsis zurück. Der Filmemacher Claude Lanzmann ("Shoah") wettert über die "Infantilisierung der Politik" und verhöhnt Levv als

"Phrasendrescher". Er habe "die Regierenden dazu gebracht, ihre Staaten in einen Krieg ohne Namen und mit ungewissem Ausgang zu führen". Freundlicherweise ist der Krieg der Vordenker ein unblutiger.

Vorsicht vor einem "Bürgerkrieg in Nordafrika"? Westerwelle lag auch hier nicht falsch. Just dieser bestimmt die tiefere Wirklichkeit in Libyen. Die jüngere Geschichte zeigt ein ähnliches Bild überall in der nachkolonialen Welt, in der die Großmächte von einst die Grenzen mit Lineal und Rotstift gezogen haben. Hinterlassen haben sie Völker, Stämme und Sekten, eingesperrt in Kunststaaten.

Diese Gebilde wurden von der schieren Macht zusammengehalten - sei es jene der Kolonialherren oder ihrer despotischen Nachfolger, in Afrika wie Asien. In der arabischen Welt sorgten Diktatoren und Potentaten sechzig Jahre lang mit der Knute für Ruhe. Jetzt wütet der Binnenkrieg in Libyen, Jemen und Syrien - entlang den geerbten Konfliktlinien zwischen Schiiten und Sunniten, Clans und Stämmen. Staat und Nation decken sich allenfalls in Ägypten und Tunesien; kein Wunder, dass dort die Revolution bislang friedlich verläuft.

Auch im scheinbar befriedeten Europa explodierte vor zwanzig Jahren der Kunststaat namens "Jugoslawien". Um den war es geschehen, als der charismatische Diktator Tito starb und mit ihm die

Klammer der sozialistischen Ideologie verschwand. Auf dem Balkan stehen noch immer die Ordnungskräfte des Westens; sie werden so schnell nicht abziehen. Denn: Wer reingeht, muss dableiben. Das muss jeder wissen, der wähnt, er könne mit "ein bisschen Krieg" Frieden schaffen, wo zusammenlebt, was nicht zusammengehört.

Auch mit der "schiefen Ebene" lag Westerwelle nicht daneben. Flugverbot? Einfach. Nach ein paar Tagen war Gaddafis Luftwaffe am Wüstenboden festgenagelt. Zivilistenschutz? Schon schwerer; also Bodenkrieg aus der Luft gegen Panzer und Artillerie, schließlich gegen Regierungsgebäude des Diktators in Tripoli. Dann "Berater", sprich: "Spezialkräfte", die unweigerlich in die kriegerischen Auseinandersetzungen hineingezogen werden. "Mission creep" nennt man das im Strategie-Jargon - bis hin zu Bodentruppen, wie sie jetzt lebhaft diskutiert werden.

Und trotzdem: Recht haben ist nicht recht behalten. Wilhelminien hatte auch irgendwie recht, als es in der Gestalt des damaligen Außenministers Bernhard von Bülow 1897 seinen "Platz an der Sonne" forderte. Schließlich war das Deutsche Reich die Nummer eins auf dem Kontinent, die mit ihrem rasanten Wachstum die Etablierten überrundet hatte, zudem mit der größten Bevölkerungsdichte.

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

konnte. Das Problem war das Wie, was die Einkreisung durch die Entente-Mächte und dann der verlorene Weltkrieg zeigen sollten.

Westerwelle will zwar nur einen "Platz im Schatten", aber ein Alleingang in die "splendid isolation" ist es dennoch. Nein, es droht weder der "Alptraum der Koalitionen" (Bismarck) noch Krieg; Deutschland ist umzingelt nur von Freunden. Aber es fehlt jenes Quantum an Staatsräson und Staatskunst, das den Nachkriegsdeutschen den

segensreichen Weg in die Zukunft trassiert hat.

Die Staatsräson gebietet: Immer zusammen mit so vielen wie möglich, nie gegen alle auf einmal - es sei denn, man schätzt die Kumpanei mit Ländern wie Russland und China, die sich ebenfalls enthalten haben. Die Staatskunst fordert glaubwürdige Argumente. Wenn Westerwelle wie am Dienstag dieser Woche in "Bild" verkündet, eine "schnelle politische Lösung" für Libyen müsse her, derweil Gaddafisten und Rebellen

auf Leben und Tod kämpfen, ist das bestenfalls unfreiwillige Komik, schlimmstenfalls geheuchelte Naivität. So oder so: Die Strafe ist Gespött und Ansehensverlust. Es wird Zeit für eine "deutsche Außenpolitik 2.0".

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit".

Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com